

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Polit-Skandal um Bhuttos Konten

Der Sharif-Regierung ist nach monatelang vergeblichen Ermittlungen gegen die frühere Premierministerin Benazir Bhutto und ihren Ehemann Asif Ali Zardari wegen Korruption und Veruntreuung öffentlicher Gelder offenbar ein entscheidender Durchbruch gelungen. Nach einem entsprechenden Gesuch der Regierung in Islamabad sperren die Behörden der Schweiz im September für zunächst 90 Tage sämtliche Konten des Bhutto-Clans bei diversen in der Alpenrepublik ansässigen Kreditinstituten. Betroffen von der Maßnahme sind auch die Bankverbindungen von insgesamt sechs Firmen, die das Ehepaar Bhutto und Mutter Nusrat Bhutto eigens zur Abwicklung und Verschleierung illegaler Devisentransfers gegründet haben sollen. Die pakistanischen Ermittlungsbehörden haben jetzt bis zum 8. Dezember Zeit, die erhobenen Vorwürfe zweifelsfrei mit Beweismaterial zu untermauern. Andernfalls werden die eingefrorenen Gelder wieder freigegeben und nicht, wie von der pakistanischen Regierung beantragt, an den pakistanischen Staat überwiesen. Zu belegen ist insbesondere, daß das in der Schweiz entdeckte, auf etwa 15 bis 25 Millionen Dollar geschätzte Bhutto-Vermögen (die 'Financial Times' berichtete sogar von bis zu drei Milliarden Dollar) illegal durch die Veruntreuung öffentlicher Mittel und die Annahme von Schmiergeldern für die Vergabe von Regie-

rungsaufträgen erworben wurde. Außerdem verlangen die Schweizer, daß der Sachverhalt durch ein gleichlautendes rechtskräftiges Urteil eines pakistanischen Gerichts bestätigt wird. Derzeit laufen die Vorbereitungen eines solchen Prozesses auf Hochtouren, die Ende Oktober durch eine Gegenklage Benazir Bhuttos wegen Verleumdung unter zusätzlichen Zeit- und Erfolgsdruck geraten sind.

Ins Rollen geraten war die Aktion, nachdem pakistanische Ermittler vermutlich von einem schweizerischen Rechtsanwalt, der als Vermögensverwalter der Bhuttos fungierte, gegen Zahlung einer großen Geldsumme umfangreiches belastendes Material erhielten. Die Teilveröffentlichung dieser Materialien - zumeist Kontoauszüge, Verträge und Briefe - noch vor Beginn eines Gerichtsverfahrens stieß vor allem in der englischsprachigen Presse auf heftige Kritik. Die Journalisten warfen der Regierung vor, die Oppositionsführerin ohne objektive Überprüfung der Echtheit der publizierten Dokumente öffentlich diskreditieren zu wollen. Tatsächlich deuten einige Indizien darauf hin, daß zumindest ein Teil der Materialien gefälscht sein könnte.

Brisant für Bhutto ist aber allein der Umstand, daß sie die Existenz ihrer Schweizer Konten vor den letzten Wahlen verschwiegen hat. Laut Wahlgesetz wäre dies aber erforderlich gewesen. Jetzt muß sie fürchten, daß ihr deswegen das Abgeordnetenmandat

aberkannt wird. Nur der Umstand, daß aller Wahrscheinlichkeit auch der Sharif-Clan über solche verschwiegenen Auslandskonten verfügt, könnte den peinlichen Hinauswurf der Ex-Premierministerin aus dem Parlament noch verhindern.

Chemiewaffen-Abkommen ratifiziert

Pakistan hat nach UN-Angaben am 28. Oktober das im April diesen Jahres in Kraft getretene internationale Abkommen zum Verbot von Chemiewaffen ratifiziert. Damit ist Pakistan unter den bislang 165 Unterzeichnerstaaten das 101. Mitglied der Vereinten Nationen, das die Bestimmungen dieses Vertrages in vollem Umfang anerkennt. Das Vertrag verbietet die Entwicklung, Produktion, den Besitz, Transfer und Einsatz von C-Waffen. Pakistan wurde in der Vergangenheit zusammen mit den Nachbarländern Iran und China wiederholt verdächtigt, Chemiewaffen oder zumindest die Kapazität zu ihrer Produktion zu besitzen. Für Beobachter kam die Ratifikation des Chemiewaffenabkommens durch Islamabad zum jetzigen Zeitpunkt überraschend, da Indien erst im August eingeräumt hatte, über ein Arsenal an C-Waffen zu verfügen.

Prominenter Richter ermordet

Der frühere Vorsitzende Richter am 'Lahore High Court', Arif Iqbal Hussain Bhatti, ist am 10. Oktober in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahor in seinem Büro erschossen worden. Wie aus pakistanischen Presseberichten hervorgeht, handelte es sich dabei um einen Racheakt eines militanten Islamisten. Hintergrund: Bhatti sprach 1995 in einem spektakulären Blasphemie-Prozess gegen zwei in erster Instanz bereits zum Tode verurteilte Christen die Angeklagten in einem Revisionsprozeß unter heftigen Protesten islamistischer Parteien frei. Anschließend erhielt der Richter wiederholt von diesen Gruppierungen Morddrohungen, wie Familienmitglieder erst jetzt bekannt gaben. Auch auf die Verteidigerinnen der beiden Christen, Asma Jahangir und Hina Jilani, wurde unmittelbar nach dem Prozeß ein - fehlgeschlagener - Mordanschlag verübt. Beobachter fürchten jetzt, daß auch ihr Leben wieder in Gefahr sein könnte (siehe auch das Interview mit Asma Jahangir in dieser Ausgabe).

Christen wehren sich

In Reaktion auf einen landesweiten öffentlichen Aufruf militanter islamistischer Par-



Schwere Vorwürfe gegen Benazir Bhutto und ihre Nusrat (Foto: 'Frontline')

teien zur Vernichtung von Christen und Juden hat der prominente katholische Bischof von Faisalabad, John Joseph, eine friedliche Protestkampagne gestartet. Dies meldete am 30. Oktober die asiatische katholische Nachrichtenagentur 'UCA News'. Unter dem Motto "Gegen die teuflischen Kräfte des Terrorismus" sind die rund zwei Millionen Christen in Pakistan in den nächsten Wochen zu Kundgebungen und Fastenaktionen aufgerufen. Damit soll die pakistanische Öffentlichkeit gegen die Haßpropaganda der islamischen Extremisten mobilisiert werden. Auch von der Regierung in Islamabad verlangte der streitbare Geistliche, der bereits im August in der punjabischen Millionenstadt Faisalabad eine auch international beachtete Großdemonstration gegen das Blasphemie-Gesetz und die anhaltende Diskriminierung der religiösen Minderheiten organisiert hatte (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/97 und den Beitrag von Susanne Thiel in dieser Ausgabe), sofortige Maßnahmen gegen die Verantwortlichen des Mordaufrufs. Bischof John Joseph selbst war in jüngster Zeit gleichfalls in die Schußlinie der Islamisten geraten. Vertreter islamistischer Splitterparteien verlangten in von der urdsprachigen Presse veröffentlichten Interviews wegen seines Engagements gegen das Blasphemie-Gesetz die sofortige Ausweisung des Christenführers. Vor weiteren Initiativen dieser Art wurde der Bischof in diesem Zusammenhang dringend gewarnt. Anderern-

falls drohten ihm "weitere Konsequenzen".

Neue Tabus für TV-Produktionen

Die pakistanische Regierung hat in einem Rundschreiben die Fernsehkanäle des Landes angewiesen, sämtliche Sendungen von "moralisch anstößigen Inhalten und Einflüssen" zu säubern. Wie die pakistanische Presse berichtete, sind von den neuen Tabudirektiven, die demnächst auch als Gesetz verabschiedet werden sollen, vor allem die in der Fernseh-, Film- und Werbebranche arbeitenden Frauen betroffen. So werden in dem Papier die Sender aufgefordert, die Präsenz von Frauen auf dem Bildschirm zu reduzieren. Die Journalistenverbände und Mediengewerkschaften fürchten deshalb jetzt, daß eine Reihe von Journalistinnen und Moderatorinnen ihren Arbeitsplatz verlieren. Außerdem dürfen sich dem Rundschreiben zufolge weibliche Modelle - etwa in Werbespots - in Zukunft vor der Kamera nicht mehr über das Gesicht streichen, die Haare waschen oder an einem Eis lutschen. Darüber hinaus müssen Fernsehfilmproduzenten ab sofort darauf achten, daß weibliche und männliche Schauspieler in Filmszenen nur noch in gehöriger räumlicher Distanz zueinander zu sehen sind.

Der staatliche Fernsehsender PTV erhielt obendrein Order, die Programmstruktur unter moralischen Aspekten zu reformieren. Auf der Wunschliste der Regierung steht da-

bei die Produktion "pädagogisch wertvoller Programme, die sich im Einklang mit der pakistanischen Kultur befinden", wie Premierminister Nawaz Sharif kürzlich in einer Rede zur Medienpolitik in Pakistan formulierte. Ein betroffener Produzent klagte gegenüber pakistanischen Journalisten über die Vorstellungen der Regierung von der praktischen Umsetzung dieses Zieles: "Jetzt sollen wir kreative und interessante Sendungen über Sicherheit im Straßenverkehr oder Bürgersinn herstellen, oder darüber wie man richtig betet."

Der Vorstoß der Regierung mit dem Ziel, das Fernsehprogramm islamischen Normen und Tabuvorstellungen zu unterwerfen, werten Beobachter allgemein als Versuch, das in jüngster Zeit geschwundene Vertrauen des konservativ-islamischen Wählerpotentials zurückzugewinnen. Vor allem die 'Jamaat-i Islami' (JI) setzt der Sharif-Administration derzeit mit einer auf viel öffentliche Resonanz stößenden Protestkampagne gegen die "verrottete Demokratie" im allgemeinen und die als "gotteslästerliches, korruptes Regime" gebrandmarkte Regierung im besonderen zu. Die JI, die die Wahlen im Februar diesen Jahres boykottierte, will auf diese Weise nach eigenen Angaben in den letzten sechs Monaten mehr als eine Million neue Mitglieder gewonnen haben. Für weiteren Zulauf sorgte dabei in diesem Herbst die Ankündigung der JI-Führung, auch in Zukunft nicht mehr an Wahlen teilnehmen zu wollen.

Tagungsbericht:

Wirtschaftskooperation zwischen Pakistan und Deutschland

Zumindest für zwei Tage erschien Berlin als deutsches Zentrum der Pakistanforschung und -diskussion. Im Rahmen der "Asien-Pazifik-Wochen Berlin 1997" hatte die 'Deutsch-Pakistanische Gesellschaft' am 16. Oktober ins 'Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung' eingeladen. Ihre Tagung drehte sich um "Globalization, Development and Business Co-operation between Pakistan and Germany". Am folgenden Tag veranstaltete die 'Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin', in Zusammenarbeit mit der 'Deutsch-Pakistanischen Gesellschaft' eine Tagung über "Sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse in Pakistan". Sie begann mit einem Abendvortrag von Hermann Kreutzmann (Erlangen) zum Thema: "50 Jahre Pakistan - Identitätsbildung und Entwicklungschancen".

Die erste Veranstaltung befaßte sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Aspekten, ausgehend von der Frage, wie das Entwicklungsland Pakistan seine Wirtschaftsprobleme erkennen und durch internationale Zusammenarbeit lösen kann. Nach ersten Vorträgen zur Globalisierung im allgemeinen (Udo Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin) sowie zu den deutsch-pakistanischen Wirtschaftsbeziehungen (Talat Mahmood, Wissenschaftszentrum Berlin) befaßten sich die folgenden Beiträge mit speziellen Themen: die Bedeutung von Managementinstitutionen in der pakistanischen Wirtschaftsentwicklung (Wasim Azhar, Lahore University of Management Sciences); die technische Zusammenarbeit und der Technologietransfer (Frau Shirley van Buiren, GTZ, Esch-

born); Perspektiven deutscher Wirtschaftspromotion in Pakistan (Christian Ruck; MdB, Bonn); das "Prime Minister 2010 Program for Development in Pakistan" (Ahsan Iqbal, Minister of State for Planning and Development, Islamabad); die Arbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Thomas Henke, KfW) sowie die Finanz- und Investitionsberatung für deutsche Unternehmen (Klaus Schütte, DEG, Köln). Einen besonderen Schwerpunkt legten die Veranstalter somit auf Kooperationsmöglichkeiten und Investitionschancen auf Unternehmerebene.

Die zweite Veranstaltung verfolgte einen thematisch breiteren Ansatz, der zudem die 50jährige Entwicklung des jungen Staates seit der Unabhängigkeit bilanzierte. Die erste Sitzung war ebenfalls ökonomischen Themen gewidmet, wobei Wolfgang Zingel (Südasiens-Institut Heidelberg) "Pakistan auf der Suche nach seiner wirtschaftspolitischen Ordnung?" vorstellte. Talat Mahmood (Wissenschaftszentrum Berlin) referierte über "Stand und Perspektiven der pakistanischen Wirtschaft", Manzurul Haq (KSB Pumps Co Ltd., Lahore) über "Ausrichtung und Konsequenzen der Wirtschaftspolitik in Pakistan" und Hermann Kreutzmann (Universität Erlangen) über "Demographische Probleme und Impulse für eine regionalistische Bewegung".

Zingel schloß mit der Feststellung, daß die pakistanische Wirtschaftspolitik überwiegend sehr pragmatisch sei, weder mit einer wirklich sozialistischen noch islamischen Ausrichtung und wiederholt von Ad-Hoc-Entscheidungen geprägt. In